Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 10 (2002)

Artikel: Belgisierung der Schweiz : Schlagwort oder Wirklichkeit?
Autor: Altermatt, Urs
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-832916

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BELGISIERUNG DER SCHWEIZ: SCHLAGWORT ODER WIRKLICHKEIT?

Urs Altermatt

Mit dem österreichischen Politikwissenschafter Joseph Marko kann man die Ethnisierung der Politik als «Naturalisierung des Unterschieds» bezeichnen. In Zeiten von Umbrüchen ziehen sich die Menschen gerne in kollektive Identitäten zurück, die ihnen Sicherheit vermitteln. Die geistige Desorientierung der Gegenwart fördert das Apartheid-Denken, hinter dem irrationale Ängste vor dem Fremden stehen. Die «Inländer» appellieren an «ihr» Volk und «ihre» Nation, um den Nationalstaat als Sachverwalter «ihrer» angeblichen Besitzrechte und Privilegien zu vereinnahmen. Wie der deutsche Politikwissenschafter Hans-Gerd Jaschke betont, werden Ethnizität und Nation zu Mitteln der sozialen und politischen Strategie. Kategorien wie Sprache, Religion oder Ethnie nehmen den Charakter von Instrumenten zur politischen Mobilisierung an, in der soziale Ungleichheit als ethnisch-nationale Ungleichwertigkeit propagiert wird.

Malaise zwischen den Sprachgemeinschaften

Krisen und Konflikte zwischen den Sprachgemeinschaften gehören zur Schweizer Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Erinnern wir uns an die Debatten um die Gründung einer Bundesuniversität in den 1850er Jahren, an die Opposition der welschen Schweiz gegenüber der Bundesrevision von 1872 oder an den «Graben» zwischen der deutschen und welschen Schweiz während des Ersten Weltkrieges. Nachdem die Sprachenkonflikte zunächst in der geistigen Mobilisierung gegen den Faschismus in den Hintergrund getreten waren und sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der wirtschaftlichen Wachstumsperiode von 1945-1965 aufgelöst hatten, gewannen sie um 1970 erneut an Gewicht. Wie Christophe Büchi schreibt, wirkte der Jurakonflikt als Katalysator.

Für die Verschlechterung des Klimas zwischen der deutschen und der frankophonen Schweiz kann man unterschiedliche Entwicklungen verantwortlich machen, die mit der gesellschaftlichen Modernisierung zusammenhängen. In dem Masse, in dem die traditionellen Bindungen der weltanschaulichen Parteimilieus nach 1970 Auflösungserscheinungen zeitigten, fanden neue Heilslehren ihre Anhänger. Je mehr sich Wirtschafts- und Konsumverhalten angli-

chen, desto stärker hatten die Menschen das Bedürfnis, sich wenigstens auf der kulturellen Ebene voneinander zu unterscheiden. Damit gewann die Sprachenfrage auch in der Schweiz an politischer Relevanz.

In der Nachkriegsperiode von 1945 bis 1970 hatten sich in einem bisher unbekannten Ausmass wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit ausgebreitet, was den allgemeinen Wertewandel verstärkte. Die geistige und soziale Mobilität nahm zu, beschränkte sich aber in Bezug auf die Arbeitswelt und die Freizeit (siehe Fernsehen und Radio) im wesentlichen auf den eigenen Sprachraum. In der «postmaterialistischen» Periode nach 1970 gewannen kulturelle Themen an Gewicht. Die heranwachsende «Babyboom»-Generation besass andere Vorstellungen über die Schweiz als ihre aus der Aktivdienst-Generation stammenden Eltern. Nachdem die konfessionellen Fragen des Kulturkampfes und die sozialen Themen des Klassenkonfliktes weitgehend aus den öffentlichen Debatten verschwunden waren, traten andere Themen, z.B. sprachenpolitische, an ihre Stelle.

In der wirtschaftlichen Abschwungphase nach 1973/74 begannen viele Französischschweizer die wirtschaftlichen Probleme der Westschweiz mit sprachlich-ethnischen Gesichtspunkten zu deuten. Die wirtschaftlichen Konjunkturkrisen, die nach 1973/74 in unregelmässigen Abständen auftraten, förderten so die Ethnisierung der Politik auch in der Schweiz. Im Frühling 1996 verstärkte der Entscheid der Swissair, den Genfer gegenüber dem Zürcher Flughafen herabzustufen, das Gefühl in der Westschweiz, von den Deutschschweizern marginalisiert zu werden. Gerade dieses Beispiel illustriert gut, dass Menschen in Krisenlagen dazu neigen, ihre Probleme mit Bezug auf primordiale Kategorien wie Sprache oder Religion zu interpretieren. Aus der Geschichte von Minderheitenkonflikten in Europa wissen wir, dass ökonomische Ungleichheiten den Zusammenhalt eines Gemeinwesens schwächen, wenn sie von kulturellen oder ethnischen Differenzen überlagert werden. Dabei sind nicht so sehr die Fakten entscheidend als vielmehr die Vorstellungen, die sich die Menschen von den Fakten machen.

Den Massenmedien kommt in diesen Entwicklungen eine Schlüsselrolle zu. Bis um 1970 besassen die Westschweizer Kantone politische Öffentlichkeiten, die mehr oder weniger geschlossen auf die kantonale Politik ausgerichtet waren. Der christlichdemokratische Welschfreiburger las seine *Liberté*, in der er sich über die engere Heimat und das Weltgeschehen orientierte und dachte ähnlich wie sein Parteifreund in Genf oder in Pruntrut. Im Zusammenhang mit der Pressekonzentration entstanden im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts in Lau-

sanne und Genf überregionale Zeitungen, die sich an die gesamte welsche Schweiz wendeten. An erster Stelle ist das 1981 entstandene *L'Hebdo* und der 1991 gegründete und bis 1998 existierende *Nouveau Quotidien* zu nennen. Im Jahre 1998 folgte *Le Temps* als überregionale Zeitung. Unter dem Einfluss der schleichenden Ethnisierung kultivierten verschiedene Journalisten ein welsches Malaise und betonten in ihren Analysen die Unterschiede zwischen den Sprachregionen, womit sie in der breiten Bevölkerung latent vorhandene Klischees und Vorurteile verstärkten.

Ähnlich wie die Kroaten oder die Slowenen entdeckten welsche Intellektuelle – wohlverstanden: Nicht alle – die frankophone Gemeinschaft der Romandie neu und konstruierten zu diesem Zweck eine welsche Identität, die sich primär auf die Einheit der Kultur und Sprache bezog und dabei die historischen Unterschiede der Kantone minimalisierte. Was die gleichen Leute für die ganze Schweiz zurückwiesen, nahmen sie mit Stolz für das Welschland in Anspruch: Eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Identität.

Da sich die politischen Institutionen langsamer als die Gesellschaft veränderten, machten sich unter der scheinbar stabilen Oberfläche geistige Verschiebungen bemerkbar, die nicht zu unterschätzen sind. Fast unmerklich nahm der Sprachenregionalismus zu und liess die herkömmlichen kantonalen, konfessionellen und parteipolitischen Grenzen erodieren. Diese Tendenzen bezeichne ich als Belgisierung, auch wenn daraus noch keine Sprachenblöcke wie in Belgien entstanden sind. Als ich 1996 in einem Buch die Schweiz unter dem Kapiteltitel *schleichenden Belgisierung* behandelte, löste dies freilich keine grössere Debatte aus.

Im Nachgang zur EWR-Abstimmung 1992 wurden die Beziehungen zwischen der deutschen und welschen Schweiz häufiger und kritischer thematisiert. Es entstanden in den neunziger Jahren mehrere Studien, die sich mit Sprachenfragen befassten, so u.a. Hanspeter Kriesi et al. (1996), Urs Dürmüller (1996), Pierre Centlivres (1996), Ernest Weibel (1997), Georges Lüdi et al. (1997), Peter Cichon (1998), Hans-Rudolf Wicker (1998), Pierre du Bois (1999), Robert Schläpfer und Hans Bickel (2000), Christophe Büchi (2000), Michael Hermann und Heiri Leuthold (2001).

Der sogenannte «Röstigraben» bei Volksabstimmungen

Auf nationaler Ebene manifestierten sich Spannungen zwischen der deutschen

und der welschen Schweiz am sichtbarsten in einzelnen Volksabstimmungen. Wie Michael Hermann und Heiri Leuthold in einer Studie über die Abstimmungsergebnisse der Gemeinden aufzeigten, vertiefte sich der sogenannte «Röstigraben» in den letzten zwanzig Jahren. Während in der Wachstumsperiode der achtziger Jahre noch hauptsächlich ökologische Fragen die Westschweiz von der deutschen Schweiz trennten, kamen in den neunziger Jahren zusätzlich Themen der Aussen- und Sozialpolitik hinzu.

Einen Höhepunkt erreichten die Differenzen um die Mitte der neunziger Jahre, als man bei ungefähr der Hälfte der zwanzig Abstimmungen (1994/95) grössere Unterschiede zwischen der Deutsch- und Westschweiz feststellen konnte. Berühmt wurde die Europa-Abstimmung über den Beitritt zum «Europäischen Wirtschaftsraum» vom 6. Dezember 1992. Die Französischschweizer stimmten dem EWR-Beitritt mit einer Ja-Mehrheit von 73,4 Prozent zu, während die Deutschschweizer und die italienischsprachigen Tessiner Nein-Mehrheiten von 56,4 Prozent beziehungsweise 61,5 Prozent aufwiesen.

Nach einer Studie von Hanspeter Kriesi, Boris Wernli, Pascal Sciarini und Matteo Gianni näherten sich allerdings die Sprachregionen im langen Zeitraum von 1872 bis 1994 in ihrem politischen Verhalten einander an. Die allgemeine Zunahme der Volksabstimmungen führte aber in absoluten Zahlen zu häufigeren Differenzen. Da die Medien seit 1970 dem Sprachenthema hohe Aufmerksamkeit schenken, rücken die Abstimmungsresultate in regelmässigen Abständen in den Brennpunkt des öffentlichen Diskurses. Darüberhinaus förderte die Studie zutage, dass der Sprachenfaktor seit den 1970er Jahren das Stimmverhalten der Schweizer stärker als früher bestimmt. Trotzdem bezeichnen die meisten Schweizer das Sprachenthema in Enqueten nicht als vordringliches Problem. Die Deutschschweizer neigen wie andere Mehrheiten dazu, Minderheitenfragen zu bagatellisieren.

Zusammenleben neu überdenken

1965 schrieb Denis de Rougemont, dass die Schweiz deshalb gut funktioniere, weil die Schweizer durch die politischen Institutionen miteinander verbunden seien, sonst aber in ihren eigenen Regionen und Kantonen ohne grosse gegenseitige Kenntnisse leben würden. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist diese These nicht mehr gültig. Wie René Knüsel, Hanspeter Kriesi, Christophe Büchi, Kurt Müller u.a. richtig feststellen, haben die wirtschaftlichen und politischen

Interdependenzen auf nationaler und internationaler Ebene derart zugenommen hat, dass eine passive Koexistenz nicht mehr ausreicht.

Bis 1950 reagierten die Schweizer auf interkulturelle Probleme mit einem föderalistischen Reflex, der es den Sprachgemeinschaften ermöglichte, ihr Leben in den Kantonen mehr oder weniger nach der eigenen Façon zu gestalten. Die Welschen gehörten zusammen mit den Innerschweizer Katholiken zu den vehementesten Befürwortern dieser defensiven Föderalismus-Strategie. Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Ausgangslage völlig. An die Stelle der Frage, wie weit sich die Schweiz zentralisieren soll, trat das Thema der aussenpolitischen Öffnung. Die Mehrheit der Deutsch- und Italienischschweizer votiert in den Fragen der europäischen Integration und andern Themen für eine gewisse internationale Isolation, während die Romands grosse Hoffnungen auf die europäische Zusammenarbeit setzen.

Noch ist der nationale Zusammenhalt der Schweizer im Vergleich mit andern multikulturellen Ländern gut. Die Schweiz weist trotz der kulturellen, sprachlichen und religiösen Unterschiede eine hohe soziale Kohäsion auf. Vorderhand halten die traditionellen Institutionen der Politik noch zusammen, was kulturell auseinanderdrängt. Dieser Befund darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter der Oberfläche der politischen Stabilität Tiefenströmungen vorhanden sind, die auf eine Ethnisierung von Gesellschaft und Politik hindeuten. Vorläufig wirkt der Wohlstand noch als Kohäsionsfaktor.

Die latente Ethnisierung ist mit einer schleichenden Belgisierung verbunden. Mit Hilfe der Massenmedien gewinnen die sprachregionalen Grenzen an Bedeutung und lassen im Alltag einen Sprachenkorporativismus nach belgischem Vorbild entstehen.

Dass die Schweiz bisher keine eigentliche Belgisierung durchmachte, hängt mit der schon von André Siegfried betonten Kraftfeldervielfalt zusammen, in der die Schweizer in einem typisch helvetischen «cross cutting» ständig wechselnde Konfliktfronten formen. Die Schweiz hielt bislang so gut zusammen, weil die politischen Grenzen nicht mit den konfessionellen und sprachlichen übereinstimmen. Dieses Grundmuster der Konfliktregelung ist im ausgehenden 20. Jahrhundert Belastungen ausgesetzt. Die Schweiz steht mitten in einem Anpassungsprozess, der sie zwingt, die alten Rahmenbedingungen des Zusammenlebens der vier Sprachgemeinschaften neu zu überdenken.